

2009-08-26

# Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel.: 0340/2040



## Niederschrift

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 19.08.2009

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:57 Uhr  
**Sitzungsort:** Raum 228, Rathaus Dessau

**Es fehlten:**

**Vorsitz**

Koschig, Klemens Oberbürgermeister vertreten durch Herrn Lothar Ehm

**Fraktion der CDU**

Kolze, Jens

### Öffentliche Tagesordnungspunkte

#### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

In Vertretung des Vorsitzenden leitete Herr Ehm die Sitzung des Ausschusses. Er eröffnete diese und stellte die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Der Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung wurde zugestimmt. Es gab jedoch die kritische Bemerkung von Herrn Bönecke und Herrn Eichelberg, dass sie die Unterlagen erst am Dienstag im Briefkasten vorgefunden hätten.

Dieser Information steht der Eintrag im Nachweis der Zustellung gegenüber, dass die Unterlagen im Briefkasten der Fraktion Pro Dessau-Roßlau für Herrn Bönecke am Montag, 10.08.2009 um 14.00 Uhr und bei Herrn Eichelberg um 14.50 Uhr hinterlegt worden waren. Hier sollte eine Nachprüfung durch die Verwaltung erfolgen.

#### **2. Beschlussfassung der Tagesordnung**

Die Reihenfolge der Punkte im nichtöffentlichen Teil wurde dahingehend geändert, dass die Beschlussvorlage zu 8.4 unmittelbar nach 8.1 behandelt werden soll. Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

#### **3. Genehmigung der Niederschriften vom 24. und 25. Juni 2009**

Die Niederschriften der Sitzungen des Hauptausschusses vom 24. und 25. Juni 2009 wurden jeweils mit zwei Enthaltungen bestätigt.

#### **4. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Ehm gab die in der Sitzung am 24. Juni 2009 im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt. Hier waren

- die Wahl einer weiteren Schiedsperson der Schiedsstelle II zur Beschlussfassung im Stadtrat empfohlen und
- die unbefristete Niederschlagung einer Forderung beschlossen worden.

In der Sitzung am 25. Juni wurden keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst.

#### **5. Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters**

##### **5.1 Eilentscheidung zum Maßnahmebeschluss Abbruch 1. BA ehem. DWG-Gebäude - DR/BV/317/2009/VI-65**

Den Mitgliedern war die Beschlussvorlage DR/BV/317/2009/VI-65 in Kopie zur Kenntnisnahme übergeben worden. Es handelte sich hierbei um einen Eilbeschluss des Oberbürgermeisters zum Abbruch im 1. Bauabschnitt des ehem. DWG-Gebäudes. Frau Beigeordnete Nußbeck gab dazu die Begründung.

Hinsichtlich der Abweichung der tatsächlichen Kosten zur Kostenschätzung merkte Herr Beigeordneter Hantusch an, dass es im Bereich Abbruch erhebliche Schwankungen gibt und sich daher eine Kalkulation schwierig gestaltet.

Der Eilbeschluss wurde zur Kenntnis genommen.

#### **6. Öffentliche Anfragen und Informationen**

##### **6.1 Information zur Anhörung vor dem Landtag zum Finanzausgleichsgesetz**

Frau Beigeordnete Nußbeck informierte über die Anhörung vor dem Landtag zum Entwurf der Landesregierung für das Finanzausgleichsgesetz (FAG). Am gleichen Tage wurde ein Appell der OB der drei kreisfreien Städte übergeben, der auch den Fraktionen des Stadtrates zuzuging.

Die seit Jahren bestehende Unterfinanzierung der kreisfreien Städte sei hinlänglich bekannt. Mit der Überarbeitung des FAG sollte ein völliger Systemwechsel vollzogen werden, wodurch die Finanzausstattung ausschließlich auf der Grundlage der zu erfüllenden Aufgaben ermittelt wird. Der ursprüngliche Referentenentwurf sah auf dieser Basis eine zusätzliche Finanzmasse in Höhe von 85 Mio. EUR für die kreisfreien Städte als notwendig an (davon 10 Mio. EUR nur für Dessau-Roßlau). Der danach aktualisierte Gesetzentwurf für das Finanzausgleichsgesetz benachteiligt kreisfreie Städte in erheblichem Maße, tatsächlich erhält die Stadt Dessau-Roßlau nunmehr 3 Mio. EUR weniger. In dem Appell wurde deutlich auf die Zusage verwiesen, dass die Finanzausstattung der kreisfreien Städte verbessert werden soll.

Im Ergebnis der Anhörung will man nun wieder zum Referentenentwurf zurückkehren, allerdings in kleinen Schritten. Man gehe aber davon aus, dass man dann nicht so schlecht gestellt werde, wie beim jetzigen Gesetzesentwurf. Nach wie vor soll das FAG am 01.01.2010 in Kraft treten.

Auf Nachfrage merkte Frau Nußbeck an, dass die drei kreisfreien Städte in Verbindung bleiben und bei Vorliegen des neuen Vorschlages eine Abstimmung erfolgen wird. Man werde nur noch konzertiert handeln.

## **6.2 Information und Abstimmung über die Verfahrensweise Rücknahme von Tempo-30-Zonen**

Mit dem Landesverwaltungsamt gebe es Schwierigkeiten bezüglich der Rücknahme der Tempo-30-Zonen in Mildensee und Waldersee, berichtete Frau Beigeordnete Nußbeck. Es gibt eine Verfügung vom Land, die Schilder abzunehmen. Einen Widerspruch seitens der Stadt hat das Landesverwaltungsamt mit der Begründung abgelehnt, dass kein Konzept vorliegt, dass die Tempo-30-Zone in der gesamten Ortslage untermauere. Aus den Ortschaftsräten werde signalisiert, das Tempolimit beibehalten zu wollen. Da uns noch der Rechtsweg offen steht, wolle man Klage vor dem Verwaltungsgericht erheben und gleichzeitig mit minimalem Aufwand innerhalb der Verwaltung ein Konzept erstellen, mit dem die Tempo-30-Zone rechtssicher begründet werde und eine erneute Verkehrsordnung auf dieser Basis erfolgt. Wenn dies gelingt, müssten in der Zwischenzeit die Schilder nicht abgebaut werden, auch wenn letztendlich das Klageverfahren wenig Aussicht auf Erfolg hat. Zu dieser Verfahrensweise bat Frau Nußbeck um Meinungsäußerungen.

Von Herrn Giese-Rehm, Herrn Ehm und Herrn Schönemann wurde zum Vorschlag Zustimmung geäußert. Herr Schönemann merkte weiter an, mit der konzeptionellen Untersetzung werde Rechtssicherheit geschaffen.

In dem Zusammenhang fragte Herr Dr. Plettner nach, warum bspw. in der Kühnauer Straße das Tempo nicht von 50 auf 30 reduziert werden kann. Darauf erwiderte Frau Nußbeck, dass hier eine Umwidmung der Straße zur Bundesstraße erfolgte. Auf Bundesstraßen ist es grundsätzlich nicht möglich, eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h anzuordnen.

Die Problematik in der Kühnauer Straße könne zunächst z. B. durch das Aufbringen einer geschlossenen Schwarzdecke entschärft werden, um in Ruhe Straßenbaumaßnahmen planen zu können, regte Herr Bönecke an. Ergänzend merkte Herr Beigeordneter Hantusch an, dass das Tiefbauamt hier bereits tätig geworden ist und verschiedene Verbesserungen erfolgen werden.

## **6.3 Information zur Vorbereitung der Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht**

Frau Nußbeck erläuterte, in den kommenden Wochen stehe die Wahl der ehrenamtlichen Richter für das Verwaltungsgericht Halle an. Im ersten Schritt werden durch den Stadtrat die/der Wahlbevollmächtigte und deren/dessen Stellvertreter gewählt. Die von den Kommunen gewählten Vertreter wählen dann wiederum die Vertrauensleute, die den Richterwahlausschuss bilden, der dann die ehrenamtlichen Richter wählt. Die Wahlbevollmächtigten waren in der Vergangenheit immer Mitarbeiter der Verwaltung, was sich bewährt habe.

Die Verwaltung werde für die Sitzung des Stadtrates im September eine entsprechende Vorlage mit den Vorschlägen - je ein Vertreter aus dem Rechtsamt und dem Personalamt - vorbereiten. Diese kommt zunächst am 16. September in den Hauptausschuss, der die Empfehlung zur Beschlussfassung bzw. Wahl im Stadtrat am 30.09.2009 ausspricht. Die Stadt muss bis zum 15. Oktober 2009 ihre Meldung in Halle abgeben.

#### 6.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

- Von Herrn Beigeordneten Dr. Raschpichler wurde den Mitgliedern des Haupt- und Personalausschusses eine Information zum **Projektstand "Gründung eines Eigenbetriebes kommunale Kindertagesstätten** der Stadt Dessau-Roßlau" in Schriftform übergeben. Vertiefend verwies er auf die erstellte Bestandsanalyse, welche am 29.07.2009 mit den Fachämtern und dem Personalrat diskutiert wurde und am 25.08. den Dezernenten II und V und den Amtsleitungen die Ergebnisse der Abwägungsanalyse zur Diskussion gestellt wurde. Wie in der schriftlichen Information vermerkt, sollen die Ergebnisse der Abwägungsanalyse ab Mitte September den Fraktionen im Rahmen von Einzelveranstaltungen vorgestellt werden. Hier bat Herr Dr. Raschpichler die **Fraktionen** darum, **kurzfristig mit Frau Eberle einen Termin** zu vereinbaren.
- Aus dem Haupt- und Personalausschuss wurde die Frage gestellt, ob ermittelt wurde, welche finanziellen **Auswirkungen der Tarifvertrag Kindertagesstätten** haben wird. Frau Beigeordnete Nußbeck erwiderte, es fallen in monatlich 34 T€ Personalkosten an, das sind für dieses Jahr rd. 68 TEUR für November/Dezember und im nächsten Jahr sind es insgesamt rund 400 T€.
- An die Fraktionen wurde die schriftliche Bitte gerichtet, **Vorschläge für den Anstaltsbeirat** zu unterbreiten, erinnerte Frau Beigeordnete Nußbeck. Leider seien keine Meldungen eingegangen. Es müsste aber bis zum **16. September ein Beschlussvorschlag für den Hauptausschuss** vorbereitet werden.  
Von den anwesenden Fraktionsvertretern wurden folgende Vorschläge unterbreitet:  
FDP-Fraktion                      Frau Dammann  
SPD-Fraktion                      Frau Angela Müller  
Fraktion Die Linke              Frau Monika Pätzold.  
**Ein weiterer Vorschlag** seitens der Fraktionen **fehlt** noch, weshalb gebeten wird, dies nachzuholen.
- Herr Dr. Plettner richtete seinen Dank für die Beantwortung seiner Frage betreffs des **Bauhausplatzes** an Herrn Beigeordneten Hantusch. Ergänzend merkte er an, die Gestaltung des Platzes hatte zu Beginn wenig Zustimmung, was sich aber inzwischen geändert habe. Auch die Häuser der DWG sind in den Mittelpunkt gerückt. Der Blickpunkt der Stadt sei von der Innenstadt zum Bauhaus gewandert.

Diese Anmerkungen aufgreifend, fragte Herr Bönecke nach dem Bearbeitungsstand des **Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes**.

Er sehe den Inhalt des Konzeptes nicht als Richtlinie, sondern als Handlungsempfehlung, entgegnete Herr Beigeordneter Hantusch. Man werde auch bei allen Vorhaben immer das Gespräch mit dem Bauhaus führen. Des Weiteren stehe nach wie vor im Fokus der Handlungen, den Platz vor der Marienkirche erheblich aufzuwerten, es fehle aber immer noch das richtige Projekt.

- Zum **Jagdschlösschen Königendorf** merkte Herr Eichelberg an, dass diese den kommenden Winter sicher nicht überstehen werde. Er fragte deshalb nach, wie der Stand in dieser Angelegenheit ist. Wie bekannt, gehört das Anwesen nicht der Stadt Dessau-Roßlau und der Eigentümer ist nicht solvent, hier etwas zu tun, führte Herr Hantusch aus. Der Zustand des Anwesens birgt auch nach dem Brand keine Gefahrenquelle, dass die Stadt Dessau-Roßlau hier tätig werden muss. Man wolle aber etwas tun und suche weiter nach einem Gesprächspartner.
- Nach dem Stand der **Vorbereitung auf die IBA 2010**, insbesondere hinsichtlich der Meisterhäuser fragte Herr Schönemann. Der Kontakt zwischen dem Tourismusamt und dem Baudezernat ist sehr gut, führte Herr Hantusch aus. Ein Konzept wurde erstellt. Die IBA-Vorbereitung habe in den vergangenen Jahren sehr stark nach innen gewirkt. In den letzten 6 Monaten habe eine Abkehr stattgefunden. Zum Beispiel habe sich gerade eine internationale Pressegruppe angemeldet. Die IBA erlange also Internationalität. Es wurden Zielgruppen definiert, einmal das Fachpublikum und des Weiteren die interessierten Bürger. Zu ersterer Gruppe wurden Veranstalter von Seminaren und Kongressen angeschrieben. Man befinde sich im Vorteil, das aktuellste Thema in Sachsen-Anhalt zu haben: Wie geht man mit schrumpfenden Städten um. Dieses betrifft nicht nur die Städte hier, sondern auch die Städte in den Altbundesländern. Für die interessierten Bürger organisiere man u. a. Radtouren.
- Auf die Frage von Herrn Giese-Rehm, wie der Stand und die weiteren Schritte bei der **Bildung von Beiräten**, Kunstbeirat etc., ist, führte Frau Beigeordnete Nußbeck aus, man habe aus der Diskussion die Aufgabe abgeleitet, die Hauptsatzung zu überarbeiten und Vorschläge zu unterbreiten. Hierbei wurden erstmals Gebietskarten entwickelt, wo die Ortschaften konkret definiert sind. Man hoffe, bis zum 30.09.2009 wie geplant den Entwurf vorlegen zu können.
- Eine zweite Frage von Herrn Giese-Rehm bezog sich auf den **Abriss von Garagen** in der Fröbelstraße. Des Weiteren war für den Neubau des Tierheimes ebenfalls Garagen abgerissen werden, was nach dem jetzigen Plan wohl nicht mehr nötig sei. Die Kündigung sei an die Garagenbesitzer ergangen, auf die Beschwerden wurde auch reagiert, wobei man vielleicht nicht die ideale Wortwahl getroffen habe, merkte Frau Nußbeck an. Dennoch sei es Planungsstand und Beschlusslage, weshalb die Verwaltung die Aufgabe nicht anders vollziehen kann. Eine evtl. vertiefende Frage zum Vorhaben des Investors in der Fröbelstraße müsse im nichtöffentlichen Teil erörtert werden.  
Herr Beigeordneter Hantusch sagte eine schriftliche oder fernmündliche Beantwortung zum Teil der Frage das Tierheim betreffend an Herrn Giese-Rehm zu.
- Mit einer sog. Kleinen Anfrage richtete sich Herr Dr. Plettner an die Verwaltung. Er bat um Beantwortung, wie Dessau-Roßlau sich in der **Luther-Dekade** einsetzt und mit Wittenberg arrangiert.

## 7. **Beschlussfassungen**

### 7.1 **Antrag auf überplanmäßige Ausgaben** **Vorlage: DR/BV/308/2009/II-30**

Welche Ursache die Erhöhung habe, fragte Herr Bönecke nach. Frau Beigeordnete Nußbeck beantwortete die dahingehend, dass die Zahl der Rechtsstreitigkeiten wegen „Kunstfehlern“ zunehme. Ergänzend merkte Herr Westhagemann, Leiter des Rechtsamtes, an, dass auch immer höhere Summen zugesprochen würden.

Ein von Herrn Bönecke erbetener Vergleich zu anderen Trägern könne evtl. von Frau Süßmilch angestellt und ihm zugeleitet werden, erklärte Frau Nußbeck.

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte der Vorlage einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**7.2 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau  
für das Geschäftsjahr 2008  
Vorlage: DR/BV/269/2009/II-20**

Die Beschlussempfehlung wurde einstimmig gegeben.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**7.3 Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau an der internationalen Kampagne  
- "Städte für das Leben - Städte gegen die Todesstrafe"  
Vorlage: DR/BV/305/2009/I-OB**

Der Haupt- und Personalausschuss stimmte dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**Abstimmungsergebnis:** 8:0:0

**12. Schließung der Sitzung**

Herr Ehm, stellvertretender Leiter des Haupt- und Personalausschusses, schloss Sitzung des Ausschusses.

Dessau-Roßlau, 21.09.09

---

i.V. Lothar Ehm  
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss

E. Baumer  
Schriftführerin